

Herr Heckeroth nahm Bezug auf die von der Verwaltung gefertigte Tischvorlage, die eine Anregung der Anlieger der Ina-Seidel-Straße berücksichtigte und einen gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen CDU und FDP für Zusatzschilder zum Inhalt hat.

Herr Heckeroth erläuterte noch einmal ausführlich die Bemühungen seiner Fraktion und der FDP-Fraktion, für die heutige Sitzung einen nach Ansicht der beiden Fraktionen konsensfähigen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. In den am Vortag stattgefundenen Fraktionssitzungen sei eine Verständigung zwischen beiden Fraktionen und Einvernehmen über den gemeinsamen Vorschlag entsprechend der Tischvorlage erfolgt.

Anschließend meldete sich Frau Schmidt für die Fraktion AUFBRUCH! zu Wort und äußerte Kritik und Ablehnung zu allen vorliegenden Textvorschlägen. Nach ihrer Auffassung werde mit der vorgeschlagenen Zusatzbeschilderung der Problematik der Straßennamen nicht ausreichend Rechnung getragen. Die vier Textvorschläge beinhalteten lediglich allgemeine Formulierungen, die nicht deutlich machen, was mit dem Zusatzschild bezweckt wird.

Herr Willnecker erläuterte ebenfalls ausführlich, warum nach seiner Auffassung die Vorschläge gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der Bürgereingabe ausreichend sind und es keiner weitergehenden Erklärungen auf den Schildern bezüglich der betreffenden Personen bedarf.

Für die SPD-Fraktion erklärte Frau Reese weiterhin die grundsätzliche Ablehnung von Zusatzschildern. Ebenso wie die Fraktion AUFBRUCH! bekräftigte sie den Wunsch für eine Umbenennung der Straßen.

Nach einer Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN durch Herrn Stiefelhagen sah sich die Fraktion ebenfalls nicht in der Lage, den Textvorschlägen für eine Zusatzbeschilderung gemäß Tischvorlage zu folgen. Die Fraktion lehnte aber nicht grundsätzlich eine Zusatzbeschilderung ab, sondern meldete noch Beratungsbedarf an.

Aufgrund des festgestellten weiteren Beratungsbedarfs erfolgte noch keine Abstimmung über einen Beschlussvorschlag.

Der Tagesordnungspunkt wurde in die nächste Sitzung des Kultur-, Sport- und Freizeit Ausschusses

vertagt.